



Hannoveraner Erklärung

Gemeinsam für solide Finanzen, Entlastung und Fortschritt

Beschluss der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz

vom 15. Juli 2022

Die Freien Demokraten in Bund, Ländern und Europa übernehmen Verantwortung für Deutschland. Wir wollen unser Land gestalten und setzen uns für Freiheit und Fortschritt ein. Wir wollen Chancen für alle ermöglichen. Diese Motivation verbindet alle unsere Fraktionen, ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition. Wir sind selbstbewusste Fraktionen und Abgeordnete, die offen und kontrovers über die Herausforderungen unserer Zeit diskutieren und konstruktiv an Lösungsvorschlägen arbeiten – umso mehr da es selten einfache Antworten auf komplexe und vielschichtige Fragen gibt. 2021 haben wir Regierungen in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt und im Bund gebildet. Die Voraussetzung, damit Freie Demokraten sich an Koalitionen beteiligen, ist immer das Ziel, einen Unterschied machen und liberale Inhalte umsetzen zu können. Auf dieser Grundlage arbeiten wir vertrauensvoll zusammen mit unseren Partnern. Die Koalitionsverträge mit SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU sind Fortschrittsprogramme mit liberaler Handschrift. Denn eine Regierungsbeteiligung der Freien Demokraten macht immer einen positiven Unterschied fürs Land.

Die letzten anderthalb Jahren standen und stehen noch immer im Zeichen der Bewältigung der Coronapandemie und ihren Folgen für Menschen, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Menschen in Deutschland sind mit steigenden Energiekosten und Preisen für Dinge des Alltags konfrontiert. Die Freien Demokraten im Bund haben sich auch vor diesem Hintergrund ehrgeizige Ziele für einen Wandel und notwendige Modernisierung des Landes gesetzt, deren Erfolg vor allem in den Bereichen solider Staatsfinanzen, finanzielle Selbstbestimmung der Menschen in jedem Alter und jeder Lebenssituation, Digitalisierung, Infrastruktur und Klimaneutralität nicht erst am Ende der Legislaturperiode zu sehen sein werden.

Seit dem 24. Februar ist die Welt eine andere. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Jahrzehntelange Grundpfeiler und vermeintliche Gewissheiten der Sicherheits- und Außenpolitik sind hinfällig. Wir sind erschüttert von den schrecklichen Bildern und erleben mittlerweile auch in Deutschland die Folgen dieses Krieges. Die Verwerfungen haben dramatische Auswirkungen auf die Energieversorgung und Preisentwicklungen. Einzelne Versorger haben bereits jetzt ihre Abschlagsforderungen deutlich erhöht. Viele Verbraucher und Verbraucherinnen sehen sich mit einer Vervielfachung der monatlichen Belastung konfrontiert. Das ist für alle eine dramatische Entwicklung. Gerade für die Bezieherinnen und Bezieher geringer Einkommen kann es zur existenzgefährdenden Notlage werden.

Zur Sicherung unserer Energiesicherheit und zur Dämpfung des Preisanstiegs müssen wir deshalb die heimischen Potenziale zur Erhöhung der Gasproduktion ebenso in den Blick nehmen, wie Vorkehrungen zu treffen, dass im Winter aus einer Gas- nicht auch eine Stromkrise wird. Das betrifft nicht nur Deutschland, wir haben auch eine Verantwortung, einen Beitrag zur Versorgungssicherheit unserer Nachbarländer zu leisten. Dafür müssen wir sicherstellen, dass die drei noch im Leistungsbetrieb befindlichen Kernkraftwerke nicht zum 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden, sondern – auch aus Gründen der Netzstabilität – über den Jahreswechsel hinaus weiterbetrieben werden können. Die Zukunft liegt in den erneuerbaren Freiheitsenergien, deren massiven Ausbau wir zurecht gerade beschleunigen, und in Wasserstoffpartnerschaften mit den sonnenreichen Regionen. Das Ende der Stromproduktion durch Kernenergie ist ein politisch definiertes und kein technisch vorgegebenes Datum. Politik muss die Kraft finden, diese politische Entscheidung angesichts einer so dramatischen Entwicklung politisch anzupassen.

Damit unsere Energiesicherheit auch dann noch verbessert werden kann, wenn der Betrieb der drei produzierenden Kernkraftwerke im kommenden Winter an seine Grenzen stößt, muss die Bundesregierung jetzt und umgehend veranlassen, dass ein weiterer Satz Brennelemente für die drei Kraftwerke bestellt wird. Die Bundesregierung kann und muss so eine Reserve bilden, Unterlassung darf diesbezüglich keine Fakten schaffen. Wir dürfen uns der Möglichkeit der Nutzung dieser Energieform nicht fahrlässig durch Nichtstun berauben. Zudem braucht es jetzt dringend eine Inventur der bestehenden Brennelemente und einen Dialog der Bundesregierung mit den Betreibern und Experten über die Möglichkeit nach dem 31. Dezember 2022 weiterhin Kernenergie zur Versorgung unserer Bevölkerung zu nutzen.

Noch nie hat eine Regierungsübernahme unter solchen Bedingungen stattgefunden. Die Dringlichkeit der schon vor dem Kriegsausbruch vereinbarten Reformen hat sich massiv erhöht, das betrifft vor allem eine souveräne Energieversorgung und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. Mit dem LNG-Gesetz hat die Bundesregierung den Infrastrukturturbo gezündet und mit einem Sondervermögen der notwendigen Ausstattung der Bundeswehr den Weg bereitet. Die Bundesregierung hat für die Menschen in Deutschland allein für das Jahr 2022 geplante und zusätzliche Entlastungen mit einem Gesamtvolumen von über 37 Milliarden beschlossen und umgesetzt. Sofortmaßnahmen wie Einmalzahlungen, Tankrabatt und 9-Euro-Ticket führen unmittelbar zu einer spürbaren Entlastung und weitere Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkung in den kommenden Wochen und Monaten. Mit der Rückkehr zu einem grundrechtskonformen Haushalt ohne Ausnahmeregeln zeigen wir den Weg zum Dreiklang aus soliden Staatsfinanzen, Entlastung und den dringend benötigten Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf. Wir Freie Demokraten in Bund, Ländern und Europa stehen vor diesem Hintergrund geschlossen hinter den beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung.

Wir sind uns bewusst, dass uns im Herbst und Winter noch große Anstrengungen bevorstehen. Darum beschäftigen wir uns jetzt mit entsprechenden Vorkehrungen. Gemeinsam setzen wir uns in Bund und Ländern für weitere Maßnahmen zur Dämpfung der Inflation, für Entlastungen und Impulse zur Stärkung der Wirtschaft und der Unternehmen in Deutschland ein. Wir fordern konkret:

Keine Aufweichung der Schuldenbremse

Die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Kernanliegen der Freien Demokraten in den Parlamenten. Sie hat Verfassungsrang und die Anwendung von Ausnahmeregeln darf nicht zum Regelfall werden. Nur so werden wir vermeiden, dass schuldenfinanzierte Ausgaben die Inflation weiter anheizen. Es ist

zwingend erforderlich, dass der Staat die Inflation nicht beschleunigt, sondern im Gegenteil einen Stabilitätsanker gegen die steigenden Preise setzt. Der ausgeglichene Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministers Christian Lindner hat gezeigt, dass Investitionen in die Zukunft und ein Abbau der Neuverschuldung möglich sind.

Abbau der kalten Progression und faire Steuern

Freie Demokraten stehen gegen Steuererhöhungen und haben diese Position im Koalitionsvertrag der Ampelregierung durchgesetzt. Das schließt auch die „stille Steuererhöhung“ der kalten Progression ein, die wir deshalb abbauen. Denn die kalte Progression lässt allzu häufig den Staat zum Profiteur von Lohnerhöhungen werden. Angesichts laufender Tarifverhandlungen ist es ein Gebot der Fairness und der Dringlichkeit, dass die anstehenden Gehaltssteigerungen – genauso wie mögliche Einmalzahlungen – so direkt wie möglich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen. Das gilt vor allem für niedrige und mittlere Einkommensgruppen, die besonders stark von gestiegenen Lebenshaltungskosten betroffen sind. Im Bund haben wir die steuerlichen Freibeträge erhöht und in der ersten Jahreshälfte den Grundfreibetrag und den Arbeitnehmerpauschbetrag deutlich angehoben. Demnächst folgen Anpassungen des Ausbildungsfreibetrags und des Sparerpauschbetrags.

Doppelbesteuerung von Renten beenden – Altersvorsorge modernisieren

Der demografische Wandel stellt unser Sozialsystem vor dramatische Herausforderungen. Darum brauchen wir bei der Altersvorsorge eine Modernisierungsoffensive und zugleich faire Steuerregeln auch und vor allem für diejenigen, die in Rente sind. Wir Freie Demokraten wollen eine Doppelbesteuerung von Renten verhindern und haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Vollabzug der Rentenversicherungsbeiträge schon 2023 möglich wird. Das Rentensystem wollen wir reformieren und die gesetzliche Rentenversicherung um eine teilweise Kapitaldeckung erweitern („Aktienrente“). Wir werden einen dauerhaften Fond aufbauen, der global angelegt und unabhängig verwaltet ist. Nur so können wir die Rente „enkelfit“ machen und dafür sorgen, dass das Rentenniveau erhalten bleibt.

Sondervermögen für finanzschwache Kommunen

Der Bund stellt mit dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds sieben Milliarden Euro für Programme finanzschwacher Kommunen für Infrastruktur und Schulsanierung bereit. Kapazitätsengpässe in den kommunalen Bauverwaltungen haben zu Verzögerungen beim Mittelabfluss geführt. Auch aufgrund der Corona-Pandemie und der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe hat der Bund die Förderzeiträume verlängert. Wir fordern die Länder auf, die bürokratischen Investitionsbremsen zu lösen.

Modernisierung des Landes vorantreiben

Für die Bewältigung der kurz- und mittelfristigen Herausforderungen muss Deutschland einen beherzten Modernisierungskurs auch in den Bereichen Verwaltung, Digitalisierung und Infrastruktur einschlagen. Besonders eilig ist dies bei der Bundeswehr: Damit die Mittel des neu geschaffenen Sondervermögens auch schnellstmöglich und zielgenau abfließen und die Ausstattung der Bundeswehr entsprechend verbessert werden kann, fordern wir eine spürbare Verbesserung des Beschaffungswesens, das deutlich vereinfacht und beschleunigt werden muss. Dies ist auch im Interesse unserer Soldatinnen und Soldaten, die unserem Land dienen. Die Freien Demokraten betonen zudem die große Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Der Grundstein für mehr Tempo ist hier der schnelle Ausbau der digitalen Infrastruktur. Insbesondere die Digitalisierung der Verwaltung muss endlich richtig Fahrt aufnehmen, so dass der Staat zu einem echten Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürgern sowie die Unternehmen werden kann. Leistungen des Staates müssen einfach, schnell

und zeitgemäß abrufbar sein. Auch bei der Modernisierung unserer Infrastruktur wollen wir einen Gang hochschalten und die notwendigen Reformen des Planungsrechts jetzt auf den Weg bringen: Straßen, Schienen und Stromleitungen dürfen nicht länger durch viel zu komplizierte Verfahren ausgebremst und verhindert werden. Sowohl für den Infrastrukturausbau als auch die Digitalisierung und die sonstige Modernisierung unseres Landes müssen die dafür notwendigen Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden.